



## Bestandspflege und Erneuerung – Grundlinien der Wirtschaftspolitik im neuen Jahrzehnt



DR. OTTO WIESHEU

Das alte Jahrzehnt hat die Volkswirtschaften weltweit an seinem Ende auf eine Belastungsprobe gestellt wie seit den 30er Jahren nicht mehr. Im Herbst 2008 drohte nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA und der spektakulären Lehman-Pleite das gesamte Finanzsystem zu kollabieren. Wer gehofft hatte, die Realwirtschaft könnte sich von den Turbulenzen abkoppeln, sah sich bald eines Besseren belehrt: Nach Jahrzehnten der ungebrochenen Expansion versank die Weltwirtschaft zur Jahreswende 2008/2009 in einer ausgeprägten Rezession. Kein Staat konnte sich ihr entziehen – auch Deutschland nicht. Der Vertrauensverlust rund um den Globus war beängstigend.

Krisen hat es nach dem 2. Weltkrieg immer wieder gegeben. Sie sind keine neue Erscheinung. Neu ist das globale Ausmaß der Krise, die Geschwindigkeit, mit der die Märkte eingebrochen sind, und die Tiefe des Einbruchs. Das hat es in dieser Zusammenballung noch nicht gegeben. Und es darf sich nicht wiederholen, wenn die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht endgültig in Mitleidenschaft gezogen werden soll.

### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT NICHT SCHULD AN DER KRISE

Leider hat unsere bewährte Soziale Marktwirtschaft in der Bevölkerung bereits massiv an Ansehen verloren – eine bemerkenswerte Situation zwei Jahrzehnte nach dem Scheitern des Kommunismus weltweit. Viele geben ihr die Schuld an den negativen Entwicklungen der jüngsten Zeit. Dieser falschen Ursachenanalyse und Schuldzuweisung müssen und werden wir jetzt und in den kommenden Jahren bei jeder Gelegenheit entschieden entgegenzutreten. Gerade der Wirtschaftsbeirat und seine Mitglieder sind hier gefordert.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Versagt hat nicht das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das von Werten, Regeln, die für Nachhaltigkeit auf den Märkten sorgen, und von einem Mindestmaß an Moral der Marktteilnehmer geprägt ist. Im Gegenteil: Das Versagen liegt darin begründet, dass gegen fundamentale Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen wurde. Ursächlich für die Krise war mangelnde Regulierung in Teilbereichen des Finanzsektors, speziell im internationalen Handel mit „Wertpapieren“ aller Art – ein „Lascheheitswettbewerb“ als Ergebnis einer kritiklosen Deregulierungsgläubigkeit. Ursächlich war eine fehlende bzw. lückenhafte makro- und mikroökonomische Überwachung der Finanz-Handelsmärkte. Während das Kreditgeschäft der Banken strengen Eigenkapital- und Aufsichtsregeln unterliegt, wurde beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren/Derivaten, bei Spekulationsgeschäften ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich das Zusammengehören von Entscheidung, Verantwortung und Haftung, von Chance und Risiko, dem jeder mittelständische Familienunternehmer tagtäglich unterworfen ist, sträflich außer Kraft gesetzt. Wo durch falsche Anreizregeln Risikoblindheit erzeugt wird und Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können, ist hasardeurhaftes Verhalten vorgezeichnet.

Erfreulicherweise ist uns aufgrund der Entschlossenheit der Notenbanken und enormer staatlicher Kraftanstrengungen weltweit das Schlimmste erspart geblieben – der Zusammenbruch des Finanzsystems, der völlige Absturz der Realwirtschaft, verbunden mit einem Desaster auf den Arbeitsmärkten. Dank einer extrem expansiven Geldpolitik, staatlicher Stützungsmaßnahmen und milliarden-schwerer Konjunkturprogramme konnte das Bankensystem stabilisiert, die Talfahrt der Wirtschaft gestoppt und der Anstieg der Arbeitslosigkeit – bislang – in bemerkenswert engen Grenzen gehalten werden. Die Verschiebungen im Verhältnis von Markt und Staat, die dadurch ausgelöst wurden, sind allerdings gewaltig. Konnte manchen in den Jahren vor der Krise das Zurückdrängen des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen nicht schnell und nicht weit genug gehen, stehen wir heute einer klaren „Überdehnung“ der staatlichen Verantwortung gegenüber. Das kann so nicht bleiben. Es wird zu den größten politischen Aufgaben im neuen Jahrzehnt gehören, zu einer tragfähigen Balance von Staat und Markt zurückzukehren.

### AUFBRUCHSTIMMUNG STATT RESIGNATION

Resignation kann nicht die Antwort auf den spürbaren wirtschaftlichen Rückschlag sein, den wir auch in Bayern hinnehmen mussten. Prophezeiungen, wonach sich die globalen Gewichte zu Lasten des Westens nach Fernost verschieben würden, markieren keine schicksalhafte Entwicklung. Es liegt allein an uns, dafür zu sorgen, dass wir weiter Gewinner im globalen Wettbewerb und Strukturwandel bleiben. Das neue Jahrzehnt muss deshalb ein Jahrzehnt der neu gewonnenen Zuversicht, des Selbstvertrauens in die eigenen Fähigkeiten, eine Dekade des neuen Aufbruchs werden. Auf diese Weise sind wir in Bayern bereits aus der schweren Krise von 1992/93 gestärkt hervorgegangen. >>

>> Neues Vertrauen schöpfen, die Probleme entschlossen anpacken – dies ist auch der Weg, der am schnellsten aus der aktuellen Krise herausführt. Zukunft hat, wer sie offensiv gestaltet!

Es zeigt sich auch in der Krise, dass der europäische Weg, dass die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Freiheiten, Grundrechten, mit ihren Regeln, ihren Pflichten und dem Ethos der Verantwortlichen nicht das schlechteste Ordnungsmodell ist. Dagegen hat der angelsächsische Kapitalismus, der die Märkte vollständig sich selbst überlässt in der trügerischen Hoffnung auf eine optimale Entwicklung, als Leitbild nach dem Desaster auf den Finanzmärkten offenkundig ausgedient. Der Sozialismus ist als Ideologie ebenfalls grandios gescheitert. Ausgreifender staatlicher Dirigismus, Investitionslenkung, Vollkaskomentalität und schleichende Entmündigung der Bürger durch Kollektivlösungen werden im 21. Jahrhundert nicht wieder salonfähig. Die Lehre aus einer gründlichen Analyse des Debakels an den Finanzmärkten kann am Beginn des neuen Jahrzehnts nur sein: nicht weg, sondern zurück zur Sozialen Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards !

#### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ORDNUNGSMODELL DER ZUKUNFT

Die Soziale Marktwirtschaft ist wertgebunden. Sie beruht auf den gleichen Grundwerten und -rechten wie das Grundgesetz: Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung, Privateigentum und sozialer Ausgleich. Sie setzt den mündigen, selbständig handelnden Bürger voraus, als Unternehmer und Selbständiger, als Arbeitnehmer und als Konsument. Sie lebt von der Beteiligung am Wirtschafts- und Wertschöpfungsprozess und nicht primär von der Umverteilung. Auch in Zukunft bleibt sie der effizienteste, humanste und gerechteste Ordnungsrahmen für unsere Wirtschaft. Mit ihr lassen sich die Ziele qualitatives Wachstum, Mehrung der Lebensqualität und des Glücks der Menschen, Arbeit für alle und sozialer Zusammenhalt am besten und nachhaltigsten sichern.

Die Soziale Marktwirtschaft nutzt gezielt die Effizienz einer dezentralen und damit flexiblen Steuerung der Wirtschaft, d.h. den Abgleich von Milliarden von Einzelentscheidungen durch den Markt. Sie baut auf die kreativen Kräfte eines dynamischen Leistungswettbewerbs. Aber, sie überlässt die Märkte nicht sich selbst, sondern sie setzt Regeln – Regeln, die angemessen überwacht werden. Wirtschaft und Märkte brauchen auch im 21. Jahrhundert Leitplanken, die Marktmissbrauch und Marktversagen verhindern. Das war schon den Gründervätern der Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Anliegen. Erinnert sei nur an

den Kampf Ludwig Erhards für ein deutsches Kartellrecht als Waffe gegen Vermachtungstendenzen. So wenig ein Fußballspiel ohne Regeln funktioniert, deren Einhaltung von einem Schiedsrichter überwacht werden, so wenig funktioniert völliges Laissez-Faire auf den Märkten.

Dies kann natürlich nicht als Plädoyer für einen allgegenwärtigen, allzuständigen Staat, der Eigenverantwortung erlahmen lässt und Privatinitiative bremst, missverstanden werden. Der eingangs erwähnten krisenbedingten „Überdehnung“ der Verantwortung des Staates müssen deshalb heute schon Überlegungen gewidmet werden, wie eine „Exit“-Strategie aussehen könnte, wie sich also der Staat nach Überwindung der Krise wieder auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann. Dies gilt auch für die mittelfristige Rückführung der „Geldschwemme“ durch die Notenbanken, um einer neuerlichen Blasenbildung vorzubeugen und inflationäre Risiken bereits im Keim zu ersticken. Es gilt für den Exit aus staatlichen Beteiligungen an Banken und Unternehmen. Es geht vor allem aber auch um die schrittweise Rückführung der explodierten Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand, die sich jetzt und für die nächsten Generationen durch ausufernde Zinszahlungen und Tilgungsverpflichtungen nicht ihrer Handlungsspielräume berauben lassen darf.

Der Staat muss sich auf seine originären Aufgaben konzentrieren. Einerseits ist er als durchsetzungsstarker Ordnungsfaktor gefordert. Andererseits brauchen wir einen Staat, der die Weichen entschlossen und kraftvoll auf Zukunftssicherung stellt. Eine Doppelstrategie aus „Bestandspflege und Erneuerung“ weist dabei den richtigen Weg. Wir brauchen erstens Rahmenbedingungen bei denen sich nicht nur unsere Spitzenunternehmen, sondern auch das breite Feld unserer Klein- und Mittelbetriebe erfolgreich im Wettbewerb behaupten können. Zweitens muss der Staat kräftige Impulse für die laufende Erneuerung der Wirtschaft geben, also mit zu einer positiven Gestaltung des Strukturwandels beitragen. Was wegbreicht, weil es am Markt nicht mehr bestehen kann, muss durch Neues ersetzt werden. Mangelverwertung trägt auf Dauer nicht.

#### ZUKUNFTSSICHERUNG IM NEUEN JAHRZEHNT

In diesem Sinne liegt vor dem Staat auch im neuen Jahrzehnt ein breites Spektrum von Aufgaben. Um die wichtigsten davon kurz anzureißen:

Der Weg aus der Krise wird kurzfristig nur auf der Basis einer ausreichenden Kreditversorgung der Wirtschaft gelingen. Sowohl die laufende Versorgung der Unternehmen mit

Fremdkapital als auch die Finanzierung von neuem Wachstum im Mittelstand müssen 2010 gewährleistet sein. Es wäre fatal, wenn wir Ende 2010 im Rückblick feststellen müssten, dass eine Kreditklemme den zarten Aufschwung, der sich derzeit abzeichnet, abgewürgt hat.

Parallel dazu müssen die Beschlüsse der G20 von Pittsburgh zur künftigen Regulierung der Finanzmärkte auf nationaler, europäischer und globaler Ebene gesetzgeberisch und institutionell konsequent umgesetzt werden. Eine Rückkehr zum „business as usual“ kann und darf es nicht geben. Banken sind in erster Linie Dienstleister für die Wirtschaft und nicht irgendeine ominöse Finanzindustrie. Die Reformpunkte reichen von der Errichtung von effizienten Kontrollsystemen speziell für den Wertpapierhandel, über eine stärkere Eigenkapitalunterlegung von Spekulationsgeschäften zur Abpufferung von Risiken bis hin zur Frage, für welche Zwecke Geld der Zentralbanken schlussendlich eingesetzt werden darf.

Die Haushaltspolitik steht im neuen Jahrzehnt vor einer außerordentlich schwierigen Gratwanderung. Einerseits muss die öffentliche Hand die Nettokreditaufnahme in Übereinstimmung mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und dem EU-Stabilitätspakt auch im Interesse der kommenden Generationen Schritt für Schritt zurückfahren, also sparen. Andererseits müssen hohe Investitionen und steuerliche Entlastungen für neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse sorgen. Konsolidierung braucht Wachstum. Erforderlich ist hier gezieltes, strategisches Vorgehen. Auch der Reformbedarf in allen Sozialsystemen zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten ist nach wie vor beträchtlich.

Das, was in der Krise an Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Betrieben verloren geht, muss durch neue Produkte und Dienstleistungen, durch neue Betriebe und die Erschließung neuer Märkte ersetzt werden, um die Beschäftigungsbilanz ausgeglichen zu halten. Permanente Innovationen sind die Lösung. Technologische Innovationen sind u.a. auch der Schlüssel zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an knapper werdende Ressourcen. Dafür müssen die Weichen offensiv gestellt werden: in der Forschungspolitik, beim Technologietransfer und in der Clusterförderung. Direkte Finanzhilfen für Innovationsprojekte sollten durch steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung zugunsten des breiten Mittelstands ergänzt werden. Es bleibt auch im neuen Jahrzehnt dabei: Wir müssen umso viel besser und schneller sein, wie wir teurer sind. Mit China und Indien haben neue Konkurrenten im Hochtechnologiebereich die Bühne der Weltmärkte betreten. >>

>> Neue Dynamik im Gründungsgeschehen muss hinzukommen. Unternehmensgründungen sind eine „Frischzellenkur“ für die Wirtschaft. Sie sorgen für neue Ideen, neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze und gestalten den Strukturwandel. Für Gründer müssen Startrampen gebaut werden und nicht Fallgruben. Wir brauchen deshalb vor allem deutlich bessere steuerliche Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital. Geld ist genügend vorhanden. Nicht stimmig sind die Anreizsysteme.

Im Welthandel wird es im neuen Jahrzehnt aller Voraussicht nach zu spürbaren Verschiebungen kommen. Alte Märkte werden an Bedeutung verlieren, neue Märkte an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen Fernost, Indien, die arabischen Staaten, aber auch südamerikanische Länder wie Brasilien. Unsere exportstarke Wirtschaft wird diese Entwicklung offensiv mitgehen. Staatliche Aufgabe ist es, unsere mittelständischen Unternehmen bei der Erschließung dieser Märkte aktiv zu unterstützen.

Bildung gehört zu den Megathemen dieses Jahrhunderts. Spitzenbildung ist die Grundvoraussetzung, um einen Hochtechnologiestandort auf Dauer erfolgreich zu betreiben. Sie sorgt in Zeiten eines rückläufigen Erwerbspersonenpotentials für das notwendige Produktivitätswachstum. Bildung ist der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit, also zur Teilhabe und Teilnahme am Wertschöpfungsprozess. Sie ist die beste und billigste Sozialpolitik, weil sie den teuren, passiv alimentierenden Sozialstaat vielfach überflüssig macht. Unser Anspruch von der frühkindlichen, über die schulische bis zur universitären Bildung muss deshalb sein: Exzellenz. Auch für die berufliche Bildung und Weiterbildung gilt das ohne Abstriche. Wir sind unseren Kindern und Jugendlichen ein Höchstmaß an Qualität in der Bildung in den kommenden Jahren schuldig. Frauen müssen die Chance haben, Beruf und Familie noch besser zu vereinbaren und ihre erworbenen Qualifikationen in den Wirtschaftsprozess einzubringen.

Die Energiefrage ist von zentraler Bedeutung für den Industriestandort Deutschland. Dass der Bund ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegt, das nicht nur dem Kriterium der Klimaverträglichkeit, sondern auch den Kriterien der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit gerecht wird, ist deshalb überfällig. Die Energieeffizienz der Wirtschaft, des Verkehrswesens und der privaten Haushalte weiter zu steigern, hat dabei hohe Priorität. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit Augenmaß zu fördern, aber nicht zu überfordern. Die Laufzeit der Kernkraftwerke als Brücke in neue Energieversorgungstechnologien zu verlängern, ist volkswirtschaftlich billiger und klimaverträglicher als aus der Kernenergie auszusteigen und sie durch neue

fossile Kraftwerke zu ersetzen. Bayern, das fast 60 Prozent seiner Stromenergie aus Kernkraft erzeugt, hat daran ein vitales Interesse.

Nicht zuletzt kommt dem Ausbau, der Modernisierung und der intelligenten Nutzung der Verkehrsinfrastruktur ebenso wie der Breitbandversorgung im ländlichen Raum große Bedeutung zu. Flaschenhalse bei Transport und Logistik und der Datenübermittlung kosten Wachstum und Wohlstand. Der Investitionsstau ist auch in Bayern groß – angefangen bei der Anbindung des Chemiedreiecks durch Schiene und Straße, über die Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt, bis hin zum Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat bei der Realisierung dieser Vorhaben unsere volle Unterstützung.

Schließlich muss die Politik in der kommenden Dekade von drei Grundkonstanten geprägt sein: von Verlässlichkeit, von Glaubwürdigkeit und von Konsistenz. Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Konsistenz schaffen Vertrauen. Und Vertrauen ist das A und O einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und damit einer positiven Wirtschaftsentwicklung.

#### CHANCENJAHRZEHT FÜR BAYERN

Wir in Bayern haben allen Grund, das neue Jahrzehnt nicht als Krisenjahrzehnt anzusehen, sondern als Jahrzehnt der Chancen, die wir erfolgreich wahrnehmen können und müssen. Nach einer jahrzehntelangen überdurchschnittlichen Entwicklung gehört der Freistaat heute zu den internationalen Top-Standorten. Wir verfügen über eine breite Basis an hervorragenden Unternehmern in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungssektor. Die Gründerdynamik in Bayern ist überdurchschnittlich hoch. Um die Qualifikation der Mitarbeiter beneidet uns die Welt. Das produktive Geflecht aus international renommierten Global Playern und leistungsfähigen Mittelständlern sichert uns gesamtökonomische Stärke. Hochtechnologie ist in Bayern in einer Breite vertreten wie sonst kaum irgendwo auf dem Globus. Unsere Betriebe sind heute schon nicht nur in Europa, sondern auch auf allen Drittmärkten der Welt präsent. Darauf lässt sich erfolgreich aufbauen. Aufgabe von Politik im Land und im Bund ist es, die notwendigen Weichenstellungen in Richtung Zukunftsfähigkeit vorzunehmen. Dann wird sich Bayerns Wirtschaft auch im neuen Jahrzehnt überdurchschnittlich entwickeln. Davon bin ich fest überzeugt.

DR. OTTO WIESHEU  
Präsident

## Konjunkturperspektiv



PROF. DR. KAI CARSTENSEN

Vor einem Jahr erlebte die deutsche Volkswirtschaft den tiefsten Produktionseinbruch in der Nachkriegsgeschichte. Binnen sechs Monate schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um rund 6%. Trotz der im vergangenen Frühjahr einsetzenden Erholung konnte bisher noch nicht einmal ein Drittel des Einbruches wettgemacht werden. In weiten Bereichen des verarbeitenden Gewerbes ist die Lage noch weitaus dramatischer. Für das Jahr 2010 zeichnet sich eine eher zögerliche Erholung ab, denn die Hindernisse sind nach wie vor groß. Sie sind an verschiedenen Stellen zu verorten, sowohl im Ausland als auch in Deutschland selbst.

#### WELTWIRTSCHAFT: DER HAUPTMOTOR USA STOTTERT WEITER

Die Weltwirtschaft insgesamt hat die Rezession hinter sich gelassen. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis. Hinzu kommt der Umschwung im globalen Lagerzyklus. Das im Rahmen des ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal zum dritten Mal in Folge gestiegen. Gleichwohl wird die aktuelle Situation gegenwärtig immer noch schlechter beurteilt als nach dem Anschlag auf das World Trade Center im Jahr 2001.

Besonders ausgeprägt war die Verbesserung des Wirtschaftsklimas in Asien. In China hat sich die wirtschaftliche Expansion sogar beschleunigt. Dies ist nicht nur auf die Impulse der chinesischen Regierung, sondern auch auf die fortgesetzte wirtschaftliche >>

# Januar 2010: Erholung ohne Dynamik

>> Aufholbewegung im Land der Mitte zurückzuführen. Tatsächlich zeigen einige Indikatoren schon eine Überhitzung an, speziell im Immobilienbereich. Auch andere asiatische Schwellenländer sind gut durch die Krise gekommen. Insgesamt deutet sich an, dass im südostasiatischen Raum ein neues Kraftzentrum der Weltwirtschaft entstanden ist mit China als wichtigem Bezugspunkt. Lediglich Japan bereitet nach wie vor Sorgen. Zwar hat auch dort eine leichte Erholung eingesetzt, die Deflationsgefahr bleibt aber hoch und die enorme Staatsverschuldung belastet den mittelfristigen Ausblick.

Auch für die USA sind die Aussichten trübe. Zwar könnte die Konjunktur zu Beginn dieses Jahres noch einmal kräftig anziehen, im weiteren Verlauf ist aber mit nachlassender Dynamik zu rechnen, sogar ein Abgleiten in die Stagnation ist nicht auszuschließen. Denn der Abbau der strukturellen Ungleichgewichte – insbesondere die Korrektur des privaten Konsums, die mit einer weiteren Zunahme der Sparquote verbunden ist – dürfte spürbar bremsend wirken. Auch die Belastungen durch die Krise im Finanzsystem sind nach wie vor enorm. Bislang hat die US-Notenbank das Schlimmste verhindert, indem sie massiv Wertpapiere der staatlichen Immobilienfinanzierer aufgekauft hat – ihre Bilanz ähnelt mittlerweile der einer Bad Bank. Aber auch sie stößt an die Grenze der Belastbarkeit und bereitet einen allmählichen Ausstieg aus ihrer extrem expansiven Politik vor. Mit welchen Verlusten sie daraus hervorgeht, dürfte vor allem die amerikanischen Steuerzahler interessieren, die letztlich den Schaden bezahlen müssen. Auch ohne diese Belastung kommt auf die Steuerzahler einiges zu. Das Haushaltsdefizit der USA dürfte im Fiskaljahr 2010 auf deutlich über 10% anschwellen und auch im folgenden Jahr extrem hoch bleiben. Damit wird der Schuldenstand auf über 90% des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Folglich steuern die USA auf Jahre der Konsolidierung zu und werden als Nachfragemotor der Weltwirtschaft wohl ausfallen.

## EUROPA: STABILISIERUNG, ABER KEIN AUFSCHWUNG

Auch in den Ländern Europas – den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik – ist ein durchgreifender Aufschwung nicht in Sicht. Dabei sind die Ursachen von Land zu Land recht verschieden. Italien leidet nach wie vor unter einer geringen Wettbewerbsfähigkeit und der Tatsache, dass der Regierung aufgrund des hohen Schuldenstands konjunkturstabilisierende Maßnahmen verwehrt

waren. Spanien befindet sich noch mitten in der Rezession, die durch das Platzen der heimischen Immobilienblase ausgelöst worden war. Die Arbeitslosigkeit tendiert gegen 20% und die Staatskassen sind so leer, dass die Regierung mitten in der Krise die Steuern erhöhen musste. In Großbritannien geht die Rezession allmählich zu Ende, für 2010 ist eine Entspannung der Lage zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit dürfte dennoch weiter steigen und einen Wert nahe 10% erreichen. Die desolote Lage der öffentlichen Haushalte – die Defizitquote des vergangenen Jahres dürfte bei knapp 12% gelegen haben – zwingt die Regierung zu Steuererhöhungen, die die Erholung bremsen. Freundlicher sind die Aussichten für Frankreich, wo das Bankensystem die Finanzkrise relativ gut überstanden hat. Zwar ist die Arbeitslosenquote auch hier im zweistelligen Bereich angekommen und der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte ist hoch. Die Regierung setzt aber weiter auf expansive Maßnahmen und belebt dadurch vorerst die Wirtschaft. In Osteuropa sind die Entwicklungen sehr heterogen. Während Polen als Hort der Stabilität erscheint – als einziges Land der EU-27 verzeichnete es im vergangenen Jahr eine positive Wachstumsrate – ist die Lage in den von der Finanzkrise mit großer Wucht getroffenen Ländern des Baltikums prekär. Insgesamt dürften die Impulse aus Europa sehr moderat bleiben.

## DEUTSCHLAND: KREDITKLEMME DROHT

Zu Beginn der Rezession befand sich die deutsche Wirtschaft in einer guten Position. Dank der Spezialisierung auf Investitions- und langlebige Konsumgüter hatte sie vom vorangegangenen weltweiten Boom überproportional profitiert und ihre Kapazitäten kräftig erweitert. Durch Strukturreformen und Lohnzurückhaltung war der Aufschwung erstmals wieder durchgreifend auf den Arbeitsmarkt übersprungen und die Zahl der Arbeitslosen war auf rund drei Millionen gesunken. Die öffentlichen Haushalte schrieben eine schwarze Null. Der weltweite Einbruch traf Deutschland dann doppelt hart. Zum einen wird die Investitionsnachfrage in Zeiten der Krise extrem zurückgefahren, was die deutschen Produzenten und Exporteure schwer traf. Zum anderen waren deutsche Banken stark in ausfallbedrohten Wertpapieren engagiert. Ohne staatliche Stützungsmaßnahmen wäre das Finanzsystem wohl ins Chaos gestürzt.

Der Absturz war tief und schmerzhaft, und die Folgen dauern noch an. Speziell am Ar-

beitsmarkt besteht ein Missverhältnis zwischen Beschäftigungszahl und Produktion. Daher muss mit weiteren Entlassungen gerechnet werden. Dennoch ist die Lage in Deutschland besser als in den meisten Nachbarländern. Die vorangegangene Gesundung der Firmen- und Staatsfinanzen zahlt sich nun aus, denn der zweifellos vorhandene Konsolidierungsdruck ist weitaus moderater als bei den europäischen Partnern. Daher kann die Fortführung der Konjunkturpakete in diesem Jahr verkraftet werden, Steuererhöhungen stehen vorerst nicht an. Insgesamt kann mit einem Wachstum von 1,7% gerechnet werden – Spitze in Westeuropa.

Im Zuge der zögerlichen weltweiten Erholung werden auch die deutschen Exporte wieder zulegen. Dies hilft den Industriebetrieben, sich langsam aus der Krise herauszuarbeiten. Entwarnung kann aber nicht gegeben werden. Die Erfahrung lehrt, dass die Spätfolgen einer Rezession für viele Unternehmen besonders bedrohlich sind, wenn das Eigenkapital abschmilzt und die Liquiditätsreserven schwinden. Dass es dabei zu Insolvenzen kommt, liegt in der Natur der Marktwirtschaft, so unglücklich die Situation im Einzelnen auch sein mag. Aktuell droht aber eine Verknappung des Kreditangebots, die über das konjunkturell übliche Maß hinausgeht. So haben sich einige ausländische Banken fast ganz zurückgezogen und auch heimische Institute müssen ihre Eigenkapitalverluste durch Bilanzverkürzung kompensieren. Eine Kreditklemme bedroht daher das Überleben solcher Firmen, die bei angemessenen Konditionen die Schwächephase überstehen könnten. Hier ist die Politik mit weiteren Maßnahmen gefordert. Für den schlimmsten Fall darf selbst eine zwangsweise Rekapitalisierung von einzelnen Banken nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden – die Mittel dafür liegen bereit.

## PROF. DR. KAI CARSTENSEN

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München und Leiter des Forschungsbereichs Konjunktur und Befragungen am ifo Institut für Wirtschaftsforschung

# Editorial



## WECHSEL IM AMT DES GENERAL- SEKRETÄRS

Sehr geehrte,  
liebe Mitglieder des  
Wirtschaftsbeirats  
Bayern,

nach der Übergabe des Präsidentenamts von Dr. Dieter Soltmann an Dr. Otto Wiesheu ist zum Jahresbeginn auch der Stabwechsel im Amt des Generalsekretärs vollzogen worden.

Andreas Müller-Armack, der den Wirtschaftsbeirat seit 1997 souverän, umsichtig und sehr erfolgreich als Ansprechpartner der Wirtschaft für die Politik geführt hat, ist in den verdienten Ruhestand gegangen. Wir danken ihm auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für seine großen Verdienste um unsere Unternehmervereinigung.

Seit dem 1. Januar 2010 habe ich die Leitung der Geschäftsstelle am Odeonsplatz übernommen. Zu meinem Werdegang mögen ein paar Stichworte genügen: geboren 1946 in Hessen, aufgewachsen in Fürth/ Bayern, verheiratet, drei Kinder, Wohnsitz in Augsburg. Nach dem Abitur in Fürth und einem zweijährigen Wehrdienst in Bruchsal und Sonthofen habe ich in Nürnberg Volkswirt-

schaftslehre studiert, war anschließend einige Jahre lang Assistent an einem finanzwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Universität Augsburg, bevor ich Anfang 1980 in das Bayerische Wirtschaftsministerium eingetreten bin. Dort habe ich in den letzten zehn Jahren als Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Stellvertretender Amtschef fungiert. Insoweit bringe ich einen relativ breiten wirtschafts-, technologie- und verkehrspolitischen Hintergrund zum Wirtschaftsbeirat mit. Gleiches gilt für die besonderen regionalen Anliegen unserer Unternehmen in den Bezirken.

Ich freue mich auf die neue Aufgabe. Ähnlich wie die Wirtschaftspolitik gut beraten ist, auf eine „Doppelstrategie der Bestandspflege und Erneuerung“ zu setzen, werden wir beim Wirtschaftsbeirat Bewährtes fortführen und wo nötig auch neue Wege gehen. Unser Hauptanliegen ist und bleibt dabei, im vertrauensvollen Dialog mit der Politik auf praxisgerechte, wirtschaftsfreundliche Entscheidungen zu drängen und dafür zu sorgen, dass die wirtschaftspolitischen Grundlinien stimmen, wie sie unser Präsident Dr. Otto Wiesheu in seinem Leitartikel für das neue Jahrzehnt vorgezeichnet hat.

Intern wünsche ich mir als neuer Generalsekretär natürlich noch mehr Mitglieder, darunter mehr Frauen, die in führender Position in der Wirtschaft tätig sind, und noch mehr junge Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie verkörpern die Zukunft des Wirtschaftsbei-

rats. Der Weg dazu ist beschritten. Wir werden ihn mit Beharrlichkeit weiter verfolgen.

Unsere Mitgliederkommunikation muss relativ rasch auf eine breitere elektronische Basis gestellt, die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt intensiviert werden. Unsere Fachausschüsse, Arbeitskreise und Bezirke haben Anspruch darauf, dass wir sie in bewährter Weise thematisch und organisatorisch unterstützen. Wir wollen nicht zuletzt den Wunsch vieler Mitglieder nach Mitarbeit angemessen berücksichtigen.

Das alles wird nicht von heute auf morgen möglich sein, manches wird Zeit brauchen, um zu reifen. Aber wir werden es nicht bei der Verwaltung des Status quo belassen, sondern den Wirtschaftsbeirat gemeinsam mit Ihnen mit neuem Schwung in das zweite Jahrzehnt dieses Jahrhunderts führen.

Ich bin dabei persönlich dankbar und offen für Impulse aus Ihrem Kreis. Schreiben Sie uns, greifen Sie zum Hörer oder schicken Sie uns eine E-Mail. Der Wirtschaftsbeirat lebt von der Erfahrung, den Ideen und Aktivitäten seiner Mitglieder. Ich freue mich auf Ihre Anregungen und die Begegnung mit Ihnen.

Herzlichst

Ihr  
DR. JÜRGEN HOFMANN  
Generalsekretär

## Terminvorschau

MÜNCHEN, 4. FEBRUAR

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS

„Das Deutsche Museum als Tourismusmagnet am Beispiel der neuen Abteilung für Nano- und Biotechnologie“

Prof. Dr. Wolfgang M. Heckl, Generaldirektor Deutsches Museum; Dr. Lorenz Kampschulte, Leiter des Zentrums Neue Technologien

FÜRSTENZELL, 4. FEBRUAR

BEZIRK PASSAU

„Klima-Manipulation: Chancen und Risiken“

Prof. i.R. Dr.-Ing. Dr. h.c. Peter A. Wilderer, ehem. Ordinarius für Wassergüte und Abfallwirtschaft, TU München, Vorsitzender des Institute of Advanced Studies on Sustainability, München

MÜNCHEN, 10. FEBRUAR

AUSSCHUSS FÜR VERKEHRSPOLITIK

„Donauausbau – Fakten zur aktuellen Diskussion“

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG

MÜNCHEN, 10. FEBRUAR

JUNGE UNTERNEHMER

„Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Landtag“

KITZBÜHEL, 26.-28. FEBRUAR

JUNGE UNTERNEHMER

Skiwochenende

MÜNCHEN, 3. MÄRZ

AUSSCHUSS FÜR VERKEHRSPOLITIK

Dirk Fischer, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

MÜNCHEN, 17. MÄRZ

JUNGE UNTERNEHMER

„Windenergie in Bayern: Ökostrom versus Landschaftsverbrauch“

Staatsminister Dr. Markus Söder, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt u. Gesundheit

MÜNCHEN, 22. MÄRZ

AUSSCHUSS FÜR MEDIENPOLITIK

„Vom gesprochenen Wort zur globalen

Wissenschaftsgesellschaft“

Dr. Dirk Ippen, Verleger, Münchner Zeitungsverlag GmbH & Co. KG

NEUSTADT/ WALDNAAB, 21. APRIL

AUSSCHUSS FÜR STRUKTURPOLITIK UND GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

„Der ländliche Raum in aller Munde, und was jetzt?“ Podiumsdiskussion

MÜNCHEN, 19. APRIL

AUSSCHUSS FÜR MEDIENPOLITIK

Staatsminister Dr. Siegfried Schneider, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

MÜNCHEN, 17. MAI

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS

MÜNCHEN, 20. MAI

AUSSCHUSS FÜR UMWELT

FRAUENCHIEMSEE, 25. JUNI

BEZIRK BERCHTESGADENER LAND/  
TRAUNSTEIN



# Wirtschaftsbeirat Bayern



Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist seit sechzig Jahren ein politisch unabhängiger und rechtlich selbständiger Berufsverband mit der Hauptaufgabe, Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis in die Politik einzubringen und möglichst schon im Vorfeld auf wichtige Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Der Wirtschaftsbeirat tritt für Rahmenbedingungen ein, unter denen sich möglichst viele Betriebe im Wettbewerb behaupten und entfalten können. Die Mitglieder – derzeit rund 1.800 – sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus Vorständen und Geschäftsführungen, Vertreter der Freien Berufe sowie Unternehmen – dazu gehören international operierende Großfirmen ebenso wie mittelständische Betriebe aus allen Bereichen der Wirtschaft.

## FORMATE UND PREISE

1/1  
hoch: 19 x 27 cm  
EUR 1320,--

1/2  
quer: 19 x 13 cm  
EUR 850,--

1/3  
hoch: 6 x 27 cm  
quer: 19 x 9 cm  
EUR 620,--

1/4  
hoch: 6 x 20 cm  
quer: 19 x 6 cm  
EUR 495,--

1/6  
hoch: 6 x 13 cm  
quer: 19 x 4 cm  
EUR 340,--

1/8  
hoch: 6 x 10 cm  
quer: 19 x 6 cm  
EUR 290,--

## INFORMATIONEN

- Auflage: 3.000 Exemplare
  - Erscheint: 11 Ausgaben pro Jahr
  - Umfang: 4-6 Seiten A4
  - Druck: 4-farbig, Bilderdruck
  - Vertrieb: Personalisierter Versand an alle Mitglieder des WBU, ausgewählte Personen und Unternehmen, Auslage zu allen Veranstaltungen des WBU sowie für Presse und Werbung
  - Rabatte: 2-6 Schaltungen 100%  
6-12 Schaltungen 150%
  - Wichtig: Der Herausgeber entscheidet über die Erscheinung der Anzeigen.
- Alle Preise gelten zzgl. Mwst.  
Andere Formate als oben dargestellt nach Absprache möglich. Alle Datenformate für PC oder Mac verwendbar. Keine Filme. Geringfügige Anzeigenerstellung gratis.

## ANZEIGENSCHALTUNG: Fax: 0351-86269971

Format (dazugehöriger Preis s. o.):  1/1  1/2  1/3  1/4  1/6  1/8  
2010:  02  03  04  05  06  07  08/09  10  11  12

Hiermit buchen wir fest ein und/oder mehrere Anzeig(e)n im angekreuztem Format und Monat.

Firma .....

Frau/Herr.....

Telefon .....

Fax .....

E-Mail .....

Ort/Datum .....

.....

Unterschrift / ggf. Stempel

## Impressum

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e. V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de  
PRODUKTION/ANZEIGEN: WWM Wirtschaft+Wissenschaft Medien GmbH, Enderstr. 59, 01277 Dresden, Tel. 0351-86269970, www.wwmmedien.de